A-09-315-2 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 315 bis 323:
Zugleich ~~haben~~hat die ~~oft~~Gewalt durch israelische Siedler im Westjordanland im Jahr 2025 eine neue Intensität erreicht. Über 70 Palästinenser*innen, darunter zahlreiche Kinder, wurden bereits in den ersten Monaten getötet; Dutzende Dörfer – darunter Turmus Ayya, Al-Funduq, Jinsafut, Hajja und das christlich geprägte Taybeh – waren Ziel gezielter Angriffe. In Taybeh, dem einzigen vollständig christlichen Dorf der Region, kam es mehrfach zu Brandanschlägen auf Häuser, Felder und auch nahe der historischen Kirche St. Georg. Dorfbewohner berichten von täglichen Angriffswellen, Hassbotschaften und dem Fehlen jedes Schutzes durch israelische Sicherheitskräfte. Bereits 2016 hat der ~~Regierung unterstützte Siedlergewalt,~~UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 2334 Israel ausdrücklich aufgefordert, die illegale ~~Siedlungsbau~~Siedlungstätigkeit in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten unverzüglich und vollständig einzustellen. Die Resolution bezeichnet alle israelischen Siedlungen in diesen Gebieten einschließlich Ostjerusalems als „flagrante Verletzung des Völkerrechts“ und fordert alle Staaten auf, klar zwischen israelischem Staatsgebiet und besetzten Gebieten zu unterscheiden. Sie betont außerdem die ~~damit einhergehenden Vertreibungen~~Notwendigkeit, Gewaltakte gegen Zivilpersonen zu verhindern und ~~Annektionspläne im Westjordanland massiv zugenommen~~unterstützt die Vision eines friedlichen Zusammenlebens Israels und Palästinas als zwei Staaten in sicheren, anerkannten Grenzen. Trotz dieser verbindlichen Resolution setzt die israelische Regierung die Siedlungspolitik und die damit verbundene Gewalt fort, was eine der zentralen Hürden für eine Friedenslösung darstellt.

Die palästinensische Autonomiebehörde (PA) wurde durch das Vorenthalten von Steuer- und Zolleinnahmen an den Rand des Bankrotts gebracht. Wir begrüßen, dass sich Deutschland den zwölf Staaten angeschlossen hat, die im September 2025 der PA Finanzhilfen zugesagt haben, und fordern die Bundesregierung auf, diese Unterstützung konsequent fortzusetzen und auszuweiten.das Wir verurteilen ~~dieses~~ Vorgehen der ~~in Teilen~~ rechtsextremen Regierung Netanjahu und halten es für falsch, dass Premierminister Netanyahu seit Jahren die Politik betreibt, einen palästinensischen Staat unmöglich zu machen. Wir halten fest an der Herrschaft des Rechts.

Immer zahlreicher werden Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen an palästinensischen Gefangenen in israelischen Haftanstalten, insbesondere seit Beginn des Gaza-Kriegs. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, die Vereinten Nationen und unabhängige Medien dokumentieren systematische Folter, sexuelle Gewalt, Isolationshaft und Misshandlungen an Männern, Frauen und Kindern. Besondere Sorge bereitet der zunehmende Einsatz sogenannter Administrativhaft – einer Form willkürlicher Inhaftierung ohne Anklage, Verfahren oder rechtliches Gehör. Das israelische „Gesetz über ungesetzliche Kombattanten“ dient als Grundlage, diese Praxis auszuweiten und Personen für Monate oder sogar Jahre festzuhalten, ohne dass ihnen konkrete Straftaten vorgeworfen werden. Diese Form der Haft verstößt gegen fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien und internationale Menschenrechtsnormen.
Nach der Übergabe von über 150 Leichen palästinensischer Gefangener aus israelischen Haftlagern wurden erschütternde Spuren dokumentiert: Prellungen, Knochenbrüche und Strangulierungsmerkmale, Berichte bestätigen auch Todesfälle durch Folter und Misshandlung. Die Einschränkung von Familienbesuchen und der Zugang zu Rechtsbeistand wurden von israelischen Behörden weiter verschärft. Besonders schwer wiegen die dokumentierten Fälle sexualisierter Gewalt und erzwungener Isolationshaft, die nach UN-Angaben und Amnesty-Berichten den Tatbestand von Kriegsverbrechen und

Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllen.
Wir verurteilen diese systematischen Vergehen und fordern lückenlose Aufklärung, Zugang für internationale Beobachter, sowie ein sofortiges Ende der willkürlichen und menschenunwürdigen Behandlung palästinensischer Häftlinge.

weitere Antragsteller*innen

Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Sidney Luna Gregor-Wielan (KV Hamburg-Nord); Peter Heilrath (KV München); Clara Käßner (KV Gera); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Selina Feihl (KV Rems/Murr); Dervis Hizarci (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Kassem Taher Saleh (KV Dresden); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Klara Ruhl (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kasimir Cesare Saladin Heldmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 47 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.